

Dringliche Interpellation Fraktion SP!JUSO (Rithy Chheng, SP): Abbaupolitik und Leistungskürzungen auf Kosten der Menschen im Westen Berns?

Der Kanton Bern nimmt aufgrund von Steuersenkungen Leistungsabbau in diversen Bereichen vor. Der Regierungsrat hat Kürzungsanträge bei BERNMOBIL gestellt. Der Regierungsrat beantragt, dass unter anderem eine Ausdünnung des Fahrplans der Tramlinien 7 und 8 vorgenommen wird. Bei Bernmobil sollen aufgrund dieser Sparmassnahmen voraussichtlich keine Stellen gestrichen werden. Das Tram 7 und 8 verkehrt heute im 6-Minuten-Takt und soll neu auf 7.5-Minuten-Takt ausgedünnt werden. Rund 25% aller Menschen in der Stadt Bern leben im Stadtteil VI. Die heutigen Tramlinien 7 und 8 in Richtung Bümpliz und Brünnen sind bereits heute sehr stark ausgelastet, insbesondere zu Stosszeiten. Eine Ausdünnung der Fahrpläne hätte eine Verschärfung der prekären Situation zur Folge.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Trifft es zu, dass ausgerechnet die Fahrpläne der Tramlinien 7 und 8 ausgedünnt werden sollen?
2. Wie sollen die neuen Fahrpläne für diese Tramlinien konkret aussehen? Welche Alternativen zur Ausdünnung der Fahrpläne bestehen?
3. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um einen Leistungsabbau im Westen Berns abzuwenden?
4. Ist der Gemeinderat bereit, sich unter Einbezug der Sozialpartner für den Erhalt der Arbeitsstellen bei Bernmobil einzusetzen?

Begründung der Dringlichkeit:

Das Vorhaben zur Ausdünnung der Fahrpläne ist offenbar bereits in vollem Gang. Damit auf die Ausgestaltung des Fahrplans und auf eine personalpolitische Entscheidung noch Einfluss genommen werden kann, ist das rasche Handeln des Gemeinderates geboten. Sollte der Stadtrat ein verstärktes Engagement des Gemeinderates wünschen, müsste er dies raschmöglichst in einer entsprechenden Debatte zur Interpellation zum Ausdruck bringen.

Bern 15. November 2012

Erstunterzeichnende: Rithy Chheng

Mitunterzeichnende: Annette Lehmann, Bettina Stüssi, Silvia Schoch-Meyer, Hasim Sönmez, Stefan Jordi, Giovanna Battagliero, David Stampfli, Rudolf Keller, Patrizia Mordini, Miriam Schwarz, Thomas Göttin, Guglielmo Grossi, Martin Krebs, Gisela Vollmer, Halua Pinto de Magalhães, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Lea Kusano

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Der Kanton befindet sich aufgrund der Ergebnisse der kantonalen Abstimmungen vom 23. September 2012 in einer schwierigen finanzpolitischen Situation und steht vor der Aufgabe, kurzfristig 110 Mio. Franken einzusparen. In dieser Situation hat der Regierungsrat am

2. November 2012 ein Sparpaket von rund 100 Massnahmen beschlossen, mit welchem das Budget 2013 um rund 55 Mio. Franken entlastet werden soll. Die Stadt Bern ist als grösste Kommune des Kantons von einer ganzen Reihe dieser Massnahmen direkt oder indirekt betroffen.

Der Gemeinderat hat grundsätzlich Verständnis für die Sparanstrengungen des Kantons, zumal sich auch die Stadt in einer sich verschlechternden finanziellen Situation befindet und ihrerseits Sparmassnahmen eingeleitet hat. Er bedauert aber, dass der Kanton auf eine vorgängige Konsultation bei den Gemeinden und weiteren interessierten Kreisen verzichtet hat.

Im September 2012 hat der Gemeinderat zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Kosten für den öffentlichen Verkehr aufgrund der kantonalen Finanzplanzahlen und der periodischen Neuberechnung für den öV-Beitrag für die Jahre 2013 - 2014 deutlich erhöhen werden. Gegenüber dem Budget 2013 hat sich daraus ein Fehlbetrag von 2.4 Mio. Franken pro Jahr ergeben. Der Gemeinderat hat deshalb zusammen mit den Transportunternehmen Massnahmen zur Dämpfung des Wachstums der öV-Ausgaben geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass auf den Linien 7 und 8 ausserhalb der Spitzenzeiten auch mit einem 7.5-Minutentakt eine genügende Transportkapazität zur Verfügung gestellt werden kann.

Gestützt auf diese Analyse hat der Gemeinderat der Regionalkonferenz Bern-Mittelland im Rahmen der Fachkonsultation zum kantonalen öV-Angebotskonzept vorgeschlagen, den Fahrplantakt auf den Linien 7 und 8 ausserhalb der Spitzenzeiten ab dem Fahrplan 2014 von 6 auf 7.5 Minuten zu reduzieren. Nach Auffassung des Gemeinderats ist damit nach wie vor ein gutes Angebot gewährleistet, umso mehr als die beiden Linien zwischen den Haltestellen „Unterführung“ und „Brunnadernstrasse“ parallel verkehren, woraus ein Takt von weniger als 4 Minuten resultiert. Für die stark vom öV belasteten Hauptgassen bringt die Massnahme ausserhalb der Spitzenzeiten zudem eine Entlastung um 4 Kurse pro Stunde. Gemäss dem heutigen Kostenansatz für den öV-Gemeindebeitrag kann die Stadt Bern daher ab 2015 durch diese punktuelle Taktreduktion rund Fr. 650 000.00 pro Jahr einsparen.

Die Stadt Bern, BERNMOBIL und die Regionalkonferenz werden die Nachfrageentwicklung auf den Linien 7 und 8 aber selbstverständlich genau verfolgen. Sollte sich die seit 2011 festgestellte Fahrgastzunahme in der bisherigen Grössenordnung fortsetzen und die Transportkapazität übersteigen, so wird man dem Kanton die generelle Rückkehr zum 6-Minuten-Takt beantragen.

Der Gemeinderat ging bei seinem Vorschlag davon aus, dass die Massnahme - wie geplant - im Rahmen des kantonalen öV-Angebotsbeschlusses 2014 - 2017 vom Grossen Rat beraten und gegebenenfalls per 2014 beschlossen würde. Damit wäre genügend Zeit zur Verfügung gestanden, um die Taktreduktion auf dem üblichen Weg in die politische Diskussion zu bringen. Die kurzfristige Beschlussfassung des Regierungsrats hat dies jedoch nicht zugelassen.

Zu den einzelnen Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Ja.

Zu Frage 2:

Falls der Grosse Rat die Massnahme gemäss Antrag des Regierungsrats beschliesst, werden auf den Linien 7 und 8 zwischen 9 und 15 Uhr neu nur noch acht statt wie bisher zehn Trams pro Stunde verkehren, was einem 7.5-Minutentakt entspricht. Im Fahrplan werden die Abfahrten abwechselungsweise in einer Abfolge von 7 und 8 Minuten dargestellt.

Der Gemeinderat erachtet alternative Massnahmen zur Reduktion der öV-Ausgaben der Stadt Bern als weitaus einschneidender für die öV-Benutzerinnen und -Benutzer und deshalb als nicht umsetzbar.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat kann keinen generellen Leistungsabbau beim öV-Angebot im Stadtteil 6 erkennen. Vielmehr erachtet er die Massnahme als vertretbar gegenüber den öV-Kundinnen und Kunden und als nötig zur Entlastung der städtischen Finanzen. Dabei lässt er sich insbesondere von folgenden Überlegungen leiten:

- Auch ein 7.5-Minutentakt ist für städtische Linien ein gutes Angebot, das so ausserhalb der Spitzenzeiten ebenfalls auf anderen stark frequentierten Linien gefahren wird (z. B. Linien 11 und 17). Der zwischen den Haltestellen „Unterführung“ und „Burgernziel“ geltende 4-Minutentakt kann zudem nach wie vor als sehr gut bezeichnet werden. Auf der Linie 7 wird die Massnahme schliesslich teilweise dadurch kompensiert, dass dort ausserhalb der Spitzenzeiten die auf der Linie 8 nicht benötigten langen Combino-Trams eingesetzt werden können.
- Bei den Linien 7 und 8 handelt es sich um Durchmesserlinien, welche die Quartiere Holli- gen und Mattenhof, die ganze Innenstadt und die im Osten der Stadt gelegenen Quartiere Kirchenfeld, Burgernziel, Ostring und Saali bedienen. Die Taktreduktion betrifft damit nicht nur die Einwohnerinnen und Einwohner des Westens der Stadt Bern, sondern ebenso die Bevölkerung des Stadtteils 4.
- Die öV-Erschliessung des Westens von Bern ist seit 2008 nicht nur mit dem Tram Bern West, sondern auch mit anderen Massnahmen spürbar verbessert worden (S-Bahnstation Brünnen mit 4 Kursen pro Stunde in Richtung Bahnhof Bern; Linie 101 im 10-Minuten statt 15-Minutentakt; neue Linie 31 im 15- bis 30-Minutentakt).

Zu Frage 4:

Gemäss BERNMOBIL führt die Taktreduktion auf den Linien 7 und 8 zu keinen Entlassungen; die Massnahmen können im Rahmen der natürlichen Fluktuationen kompensiert werden. Der Gemeinderat sieht deshalb keinen Anlass, zu dieser Frage Verhandlungen mit BERNMOBIL unter Einbezug der Sozialpartner zu führen.

Bern, 5. Dezember 2012

Der Gemeinderat